BACKBORD

Zeitung der Fraktion DIE LINKE
in der Hamburgischen Bürgerschaft

Sommer 2017

G20-GIPFEL AM 7./8. JULI IN HAMBURG

GIPFEL GEGEN G20

TRUMP & CO.: IN HAMBURG NICHT WILLKOMMEN SEITE 3
GEFAHRENGEBIET G20: GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN! SEITE 5
ENGAGIEREN: AKTIONEN, DEMOS, PROTEST SEITE 8

HAMBURG ALS BÜHNE FÜR TRUMP, ERDOGAN & CO.:

DER GIPFEL DER UNGERECHTIGKEIT

Wenn am 7./8. Juli 2017 der G20-Gipfel stattfindet, dann kommen nicht nur die Regierenden der mächtigsten Staaten nach Hamburg. Zehntausende, die den Gipfel ablehnen, werden sich ebenfalls in der Hansestadt versammeln. Erwartet werden die größten Gipfelproteste, die es jemals in Deutschland gegeben hat. Gründe gegen G20 gibt es jede Menge

Zeit für Protest

Ginge es nach uns, würde das G20-Treffen in Hamburg gar nicht stattfinden. Wir lehnen den Gipfel in dreifacher Hinsicht ab.

1. Die G20 sind durch nichts legitimiert, die Reichen und Mächtigen der Welt bleiben bei diesen Treffen unter sich. Das darf nicht sein. 2. Die Hamburger Innenstadt ist für einen solchen Mega-Gipfel absolut ungeeignet. 3. Wir sind eine weltoffene Stadt und heißen Gäste immer willkommen. Aber Rassisten und Diktatoren wie Trump und Erdogan wollen wir hier nicht haben. G20? Geht gar nicht!

Leider ist es nicht zu verhindern. Der Gipfel wird kommen. Also sollten wir ihn nutzen! Lassen wir die Beteiligten spüren, dass sie die Welt nicht in Hinterzimmern unter sich aufteilen können. Zeigen wir der Öffentlichkeit, dass wir uns mit der G20-Weltordnung nicht abfinden. Dazu brauchen wir großen, kraftvollen, friedlichen Protest. Jawohl, friedlich.

Gerade die letzten Wochen haben gezeigt, dass brennende Autos und zerstörte Scheiben von unserem legitimen Protest nur ablenken. Dass sie der anderen Seite einen willkommenen Vorwand liefern, unsere Anliegen zu diskreditieren. CDU, AfD, einige Hardliner aus Behörden und Polizei und einige Medien schreien die Gewalt geradezu herbei. Sie wissen, dass sie ihnen nützt.

Dagegen stehen wir für gewaltigen, aber gewaltlosen Protest. Kommt alle zu den Demonstrationen und Aktionen gegen G20! Lasst Euch weder einschüchtern noch aufhetzen.

Wir freuen uns auf Euch!

Herzlich, Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)

Jetzt wird es ernst, der Gipfel kommt. Angesagt haben sich die Staats- und Regierungschefs der 19 wichtigsten Länder der Erde, plus eine Abordnung der Europäischen Union. Es kommt der Generalsekretär der Vereinten Nationen. Es kommen Abgesandte der asiatischen ASEAN-Staaten, der OECD, der Afrikanischen Union, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Weltbank, der Zentralbanken und des Internationalen Währungsfonds. Alles, was in der weltweiten Diplomatie Rang und Namen hat, wird anreisen, dazu Regierungsmitglieder, hohe Beamtinnen und Beamte, Medienleute, Nichtregierungsorganisationen.

Alles in allem werden es an die 10.000 Menschen sein, die Anfang Juli am G20-Treffen in Hamburg teilnehmen, einer der größten globalen politischen Konferenzen überhaupt.

Doch das ist nur ein Teil dessen, was auf Hamburg zukommen wird. Die Sicherheitsmaßnahmen werden alles in den Schatten stellen. Schließlich gehören zu den Gipfel-Gästen die wohl umstrittensten Politiker der Welt. Es wird Sicherheitszonen, eigene Haftanstalten und Schnellgerichte geben. Polizei, ausländische Security-Leute, private Sicherheitsdienste, Bodyguards, Rettungskräfte, Feuerwehren, Geheimdienste, Bundeswehr: Sie alle werden sich auf engstem Raum in der Innenstadt von Hamburg bewegen (siehe Seite 4).

Sie reden über Frieden, sind aber selbst die größten kriegführenden Staaten

Bei den letzten großen Gipfeltreffen in Deutschland hatten sich die Verantwortlichen für entlegene Orte entschieden. Sowohl Heiligendamm an der Ostsee als auch Elmau in den bayerischen Alpen, wo sich zuletzt die G7-Gruppe versammelte, versprachen Ruhe und Abgeschiedenheit. Hamburg ist das glatte Gegenteil davon: Nicht nur aus der Stadt, sondern aus ganz Deutschland und selbst aus dem Ausland werden insgesamt mehr als 100.000 Menschen zu Demos und Aktionen erwartet.

Selten waren Gipfel-Proteste so breit aufgestellt wie in diesem Jahr. Friedensinitiativen, kirchliche Gruppen, Umwelt- und Naturschutzverbände, autonome Gruppen, attac, Oxfam, Campact und Gewerkschaften sind ebenso dabei wie Mitglieder von SPD, Grünen und LINKEN. Sie planen unzählige Protestaktionen, die vielfältiger nicht sein könnten: einen Gegengipfel, Blockaden, Zeltlager, Kundgebungen, Konzerte, Demonstrationen zu Lande und sogar zu Wasser. Die Zahl der erwarteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde in den vergangenen Monaten laufend nach oben korrigiert.

Dass so viele Menschen mobilisiert werden, liegt natürlich auch an den anreisenden Reizfiguren. US-Präsident Donald Trump steht für Rassismus und Sexismus, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan für Diktatur und Verfolgung, Russlands Präsident Wladimir Putin für Homophobie und Krieg. Dazu kommen lupenreine Diktatoren wie der König von Saudi-Arabien. Und einige unbekanntere, aber nicht minder zwielichtige Figuren wie der brasilianische Putschist Michel Temer, der ultra-neoliberale Argentinier Mauricio Macri, Chinas Staatschef Xi Jinping und der indische Premierminister Narendra Modi.

Doch auch diejenigen, die sich jetzt als gemäßigte Mitte inszenieren – zum Beispiel die britische Premierministerin Theresa May und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel – sind verantwortlich für die herrschende Weltordnung, in der die Armen kaum eine Chance und in der die Reichen nichts zu befürchten haben. Auch sie müssen sich den Protesten stellen. Denn in dieser Weltordnung liegt das eigentliche Problem.

Die G20-Regierungen spielen dabei eine höchst zweifelhafte Rolle. Zwar schreiben sie sich hehre Ziele auf die Fahnen: bessere Arbeitsbedingungen, Klimaschutz, Friedenspolitik. Tatsächlich aber sind sie in erster Linie ein Instrument der Großen, um die Geschicke der Welt unter sich auszumachen. Alle übrigen Länder, auch wenn sie von den Entscheidungen solcher Gipfel direkt betroffen sind, müssen zugucken (siehe Seite 6). Und die Vereinten Nationen – jene Staatengemeinschaft, die demokratisch legitimiert ist und zu der quasi alle Länder der Welt gehören – werden durch informelle Zusammenschlüsse wie G20 geschwächt und an den Rand gedrängt.

Man stelle sich einmal vor, die Regierungen der drei, vier reichsten Bundesländer würden sich regelmäßig treffen, um am Bundesrat vorbei Themen zu beraten, die alle anderen Bundesländer ebenfalls betreffen. Oder die vermögensten Abgeordneten des Deutschen Bundestags würden eine Art Zusatzparlament einberufen, in dem nur sie – und ein paar von ihnen geladene Gäste – vertreten sind. Auf der Ebene der Weltpolitik ist dieses Prinzip bereits Realität. Es heißt G20. Und das gab es schon vor Trump, Erdogan & Co.

Nicht um sie, sondern um das Prinzip G20 geht es deshalb auch im Aufruf zur Großdemonstration, die parallel zum Gipfeltreffen am 8. Juli in Hamburgs Innenstadt stattfinden soll. "Auf ihrem jährlichen Gipfel reden die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten über 'Bekämpfung von Fluchtursachen', aber keines der großen Herkunftsländer sitzt am Tisch", heißt es dort. "Sie reden über 'Partnerschaft mit Afrika', aber es fehlt fast der gesamte Kontinent. Sie reden über den Klimawandel, vertreten aber die Interessen der Erdöl-, Kohle- und Autoindustrie. Sie reden über Frieden, sind aber selbst die größten kriegführenden und rüstungsproduzierenden Staaten."

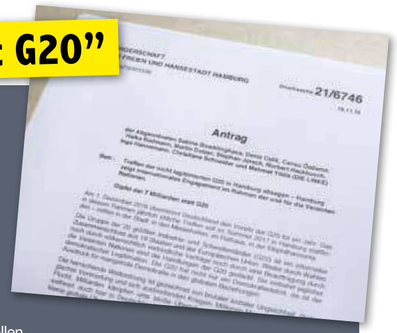
Nichts weniger als ein Umsteuern in der globalen Politik fordern deshalb die Kritikerinnen und Kritiker der G20. Das Gipfeltreffen von Hamburg bietet dafür den perfekten Anlass. "Der G20-Gipfel wird Hamburg über Tage hinweg lahmlegen und die Stadt als Kulisse für ein inszeniertes Schauspiel der Macht missbrauchen, während die dort lebenden Menschen an den Rand gedrängt werden sollen", heißt es im Demo-Aufruf weiter. "Mögen sich die Staatsgäste und ihre Delegationen in den Messehallen verbarrikadieren. Die Straßen werden den Menschen gehören, die den Gipfel nicht eingeladen haben."

Wir sehen uns.

SIE KOMMEN!

Roter Teppich für Reizfiguren: Eine ganze Reihe höchst umstrittener Staatsgäste erwartet Hamburg zum G20-Treffen. Neben Trump, Erdogan und Putin zählen dazu auch Unbekanntere wie Salman ibn Abd al-Aziz, Saudi-Arabiens brutal herrschender König. Doch nicht um Personen, sondern ums Prinzip geht es bei den G20-Protesten.

"Gipfel der 7 Milliarden statt G20"



Antrag

Drucksache 21/6746

In der Hamburgischen Bürgerschaft beantragte die Fraktion DIE LINKE, den G20-Gipfel wieder auszuladen (Drucksache 21/6746)

Die Bürgerschaft möge beschließen: Der Senat wird aufgefordert,

1. sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat dafür einzusetzen, die deutsche G20-Präsidentschaft 2017 zu nutzen
   a. für eine Debatte zur Auflösung der G20 als illegitimer Organisation und
   b. für den Beginn der Überführung der von den G20 beanspruchten Entscheidungskompetenzen in die Strukturen der Vereinten Nationen
2. Hamburg nicht als Austragungsort für den G20-Gipfel zur Verfügung zu stellen
3. demokratisch legitimierte Alternativen zur G20 zu stärken und Hamburg als Ort für Zusammenkünfte und Treffen der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen, insbesondere indem Strukturen geschaffen werden, die Stärkung und Reform der Vereinten Nationen zu diskutieren und Umsetzungsmöglichkeiten zu finden.
4. das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Demonstrationsfreiheit und somit das Recht der Bürgerinnen und Bürger, sich friedlich zum Protest zu versammeln, zu seinem Anliegen zu machen und zu gewährleisten.

David Cameron, Angela Merkel und Olaf Scholz: Die Entscheidung über den Gipfel machten sie unter sich aus

Selbst die Grünen waren sauer

Wie Bürgermeister Olaf Scholz und Kanzlerin Angela Merkel G20 nach Hamburg holten – und was das mit Olympia zu tun hat

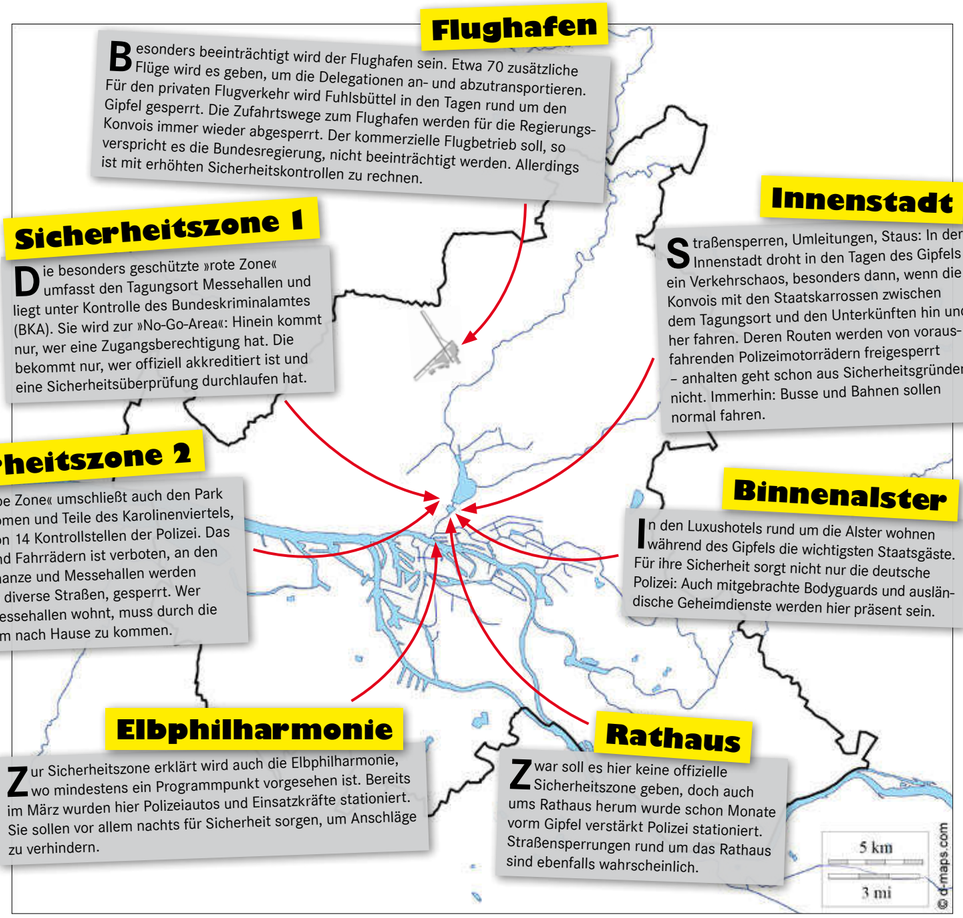
Nein, DIE LINKE war nicht dabei, als verkündet wurde, dass der G20-Gipfel nach Hamburg kommt. Denn das geschah Anfang 2016 beim Matthiae-Mahl. Dort machen sich die Reichen und Schönen der Stadt jedes Jahr auf Staatskosten einen schönen Abend. Und das boykottiert DIE LINKE traditionell. Wenn dann auch noch David Cameron, damals noch britischer Premierminister, zu Gast ist: thank you erst recht. Dem Vernehmen nach ging es an besagtem Abend – bei gefülltem Küken – denn auch vornehmlich um das Thema Brexit. Bis dann Angela Merkel "im Einvernehmen mit dem Ersten Bürgermeister" eher beiläufig die Katze aus dem Sack ließ: Der G20-Gipfel kommt nach Hamburg! Informiert oder gar gefragt hatten Scholz und Merkel zuvor niemanden. Dabei wäre die Hamburgische Bürgerschaft eigentlich zuständig gewesen für ein Event dieser Größenordnung. Doch nicht mal die Koalitionspartei wurde vorab konsultiert. Was bei den Grünen prompt zu lautstarken Protesten führte. (Anschließend stimmten sie dann doch zu.)

Auch das Volk wurde nicht befragt. Hatte Scholz sich zuvor bei der Entscheidung über Olympia noch als Superdemokrat inszeniert, der weitreichende Entscheidungen für die Stadt nicht am Volk vorbei trifft, entschied er über G20 wie ein König und stellte alle vor vollendete Tatsachen. Apropos Olympia: Wie man im Rathaus munkelt, ist der G20-Gipfel in Hamburg noch eine Spätfolge von Hamburgs Olympia-Bewerbung. Ein international beachtetes Großereignis in der Hansestadt sollte kurz vor der Entscheidung des IOC über den Austragungsort der Bewerbung noch mal einen kräftigen Schub geben, so die Idee der Feuer-und-Flamme-Fans. Olympia konnte durch das Referendum bekanntlich verhindert werden. G20 nicht.

EINE STADT IM AUSNAHMEZUSTAND

GEFAHRENGEBIET G20

Am Anfang klang es wie ein schlechter Scherz: Die G20? In der Hamburger Innenstadt?! Es gibt wohl kaum einen Ort, der ungeeigneter wäre für ein pompöses Polit-Event dieser Größenordnung



Nicht nur in den umliegenden Vierteln reagierten die Leute entsetzt, auch in Sicherheitskreisen wurde schnell Kritik laut an der Entscheidung für Hamburg: Die Stadt gilt als zu eng, zu dicht besiedelt, zu unübersichtlich, zu schwer zu sichern. Spätestens seit dem G8-Gipfel in Genua 2001, bei dem ein Demonstrant erschossen, Hunderte Menschen verletzt wurden und die städtische Infrastruktur tagelang brach lag, sollte eigentlich klar sein, dass urbane Räume für Gipfeltreffen dieser Art ungeeignet sind. Zumal der zentrale Tagungsort in Hamburg, das Kongresszentrum Messehallen, in direkter Nähe zum linksalternativen Schanzenviertel liegt: Konflikte sind vorprogrammiert.

Und nun? Obwohl der Gipfel nicht mehr lange auf sich warten lässt, ist noch immer nicht sicher, was da eigentlich genau auf uns zukommt. Ob es nun um die Kosten oder um die Sicherheitslogistik und die damit verbundenen Einschränkungen für die Menschen in der Stadt geht – der Senat gibt bislang nur wenige Informationen preis. Aller Geheimniskrämerei zum Trotz zeichnet sich eines jedoch deutlich ab: Hamburg wandelt sich im Juli zum Hochsicherheitstrakt. Allein die Polizei wird mindestens 15.000 Einsatzkräfte vor und während der Gipfeltage bereitstellen, auch das SEK und die GSG9 werden eingesetzt. Die Veranstaltungsorte, außer den Messehallen auch das Rathaus und die Elbphilharmonie, werden weiträumig abgesperrt. 3.000 Einsatzwagen, Wasserwerfer, sogar gepanzerte Fahrzeuge sollen auf den Straßen rollen, während Dutzende Helikopter den Luftraum überwachen und Polizeiboote auf Alster, Elbe und Fleeten stationiert werden. Außerdem will die Polizei »lageangepasst« mobile Videotechnik einsetzen. Mit der Inszenierung des Ausnahmezustands hatte die Innenbehörde bereits vor Monaten begonnen und vorsorglich noch mal ordentlich aufgerüstet. Der Polizei wurde dabei wohl der ein oder andere lange gehegte Wunsch erfüllt, sie bekam etwa neue Maschinenpistolen, Sturmgewehre für Spezialkräfte und die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) der Bereitschaftpolizei, außerdem einen Panzerwagen (»Survivor I«) zur Terrorbekämpfung, auf dessen Dach ein Maschinengewehr montiert werden kann. Bei den Planungstreffen für die Sicherheit sitzt derweil sogar die Bundeswehr mit am Tisch, sie berät die zuständigen Behörden, arbeitet am Luftraumschutzkonzept auch aktiv mit.

Währenddessen entsteht im südlich gelegenen Harburg eigens für den Gipfel eine Art Sonderknast: Für drei Millionen Euro baut die Polizei dort einen Lebensmittelgroßmarkt zu einer Gefangenensammelstelle (Gesa) um. In der 12.000 Quadratmeter großen Halle können bis zu 400 Menschen untergebracht werden – 150 in Einzelzellen, 250 weitere in Sammelzellen. In anliegenden Containern werden neun Haftrichterinnen und Haftrichter des Amtsgerichts Mitte vorübergehend einquartiert. Vordergründig hat das praktische Gründe: Das Amtsgericht ist nah an den Messehallen gelegen, es wäre in der Hochsicherheitszone nur beschränkt arbeitsfähig. Und »auch in einer Ausnahmesituation« sollen schließlich rechtsstaatliche Verfahren garantiert werden, entschied Justizsenator Till Steffen. Dass Verhaftungen unverzüglich richterlich überprüft werden, ist zwar wichtig und auch gesetzlich vorgeschrieben. Allerdings wirkt der Bau des temporären Mega-Knasts in den Augen mancher Gegnerinnen und Gegner des Gipfels wie eine Kampfansage: Sie fühlen sich dadurch zu potenziellen Kriminellen erklärt. Und klar scheint seitdem auch, dass die Polizei fest einplant, Demonstrantinnen und Demonstranten gleich massenweise festzusetzen.

Ja, die Polizei nimmt die Protestaufrufe ernst – so ernst, dass bereits die ersten G20-Aktionskonferenzen mit einem unverhältnismäßig großen Polizeiaufgebot begleitet wurden. Fraglich ist, wie es bei dem Riesenaufwand für die Sicherheit eigentlich um den Schutz der Grundrechte bestellt ist. Zwar versprach Innensenator Andy Grote mehrfach, dass die Versammlungsfreiheit gewahrt werde, und dass es unwahrscheinlich sei, dass beim Gipfel wieder einmal „Gefahrenbiete“ (oder „gefährliche Orte“, wie sie jetzt heißen) ausgerufen würden. Allerdings erinnern bereits die großen Sicherheitszonen rund um das Karolinenviertel schon jetzt sehr daran. Und je näher der Gipfel rückt, umso mehr lotet die Polizei Möglichkeiten aus, um die Proteste außer Sichtweite zu halten – wie der gescheiterte Versuch, für die gesamte Innenstadt am 8. Juli eine »blaue Sicherheitszone« inklusive eines Demonstrationsverbotes durchzusetzen, sehr deutlich zeigt. Ob es angesichts all dieser Einschränkungen wirklich eine gute Idee war, den Gipfel mitten in einer Millionenstadt wie Hamburg abzuhalten? Wir denken: Nein! Aber der Gipfel bietet nun auch eine Möglichkeit für Protest mit maximaler Aufmerksamkeit. Und die wollen wir nutzen.

GRUNDRECHTE EINGESCHRÄNKT? MELDET EUCH BEI UNS!

Überschaubar« sollen die Einschränkungen für die Menschen in Hamburg sein, lediglich auf ein paar Straßensperrungen müsse man sich einstellen, verspricht Innensenator Andy Grote vorm G20-Gipfel. Du hast das anders erlebt? Schreib uns Deine Erfahrungen mit dem Gipfel-Ausnahmezustand! Welche polizeilichen Maßnahmen hast Du vor, während oder nach dem Gipfeltreffen erlebt – und wie wurden diese begründet? Wir werden jeden gemeldeten Fall politisch und juristisch prüfen, sammeln und dokumentieren. Schreib uns einfach eine Mail an **g20@linksfraktion-hamburg.de**

DIE KATZE IM SACK: RÄTSELRATEN UM DIE KOSTEN

Wie viel muss Hamburg für die Ausrichtung des G20-Gipfels zahlen? Nun, das wüssten wir auch gern. Bisher kann über den genauen Betrag nur spekuliert werden, nur eines ist sicher: Das ganze Spektakel wird irre teuer. Zur Orientierung lohnt ein Blick auf vergangene Gipfeltreffen. Der Schutz des G7-Gipfels im bayerischen Elmau im Jahr 2015 etwa kostete 113 Millionen Euro, Bayern bekam später 40 Millionen Euro vom Bund zurück. Dass die realen Kosten dabei die ursprünglich berechneten weit übertreffen, haben solche Gipfeltreffen mit Olympischen Spielen gemeinsam. Der G8/G20-Gipfel in Toronto zum Beispiel schlug 2010 mit 870 Millionen kanadischen Dollar zu Buche – obwohl vorher eigentlich »nur« 179 Millionen einkalkuliert worden waren! Inzwischen deutet einiges darauf hin, dass auch die Kosten für das G20-Treffen in Hamburg explodieren werden: Waren anfangs noch knapp 200 Millionen Euro im Bundeshalt für den Gipfel vorgesehen, so sickerte Anfang des Jahres durch, dass das Finanzministerium doch nochmal 50 Millionen dazu geben will. Dieses Geld soll allerdings auch Kosten für den OSZE-Gipfel im Dezember abdecken und ist überhaupt nur für »sicherheitsrelevante Ausgaben« gedacht. In einer Großstadt wie Hamburg dürfte allerdings allein die gigantische Sicherheitslogistik wesentlich teurer sein als in Bayern, wo in einem abgelegenen Schloss getagt wurde. Insgesamt werden die Sicherheitskosten derzeit auf 150 Millionen Euro geschätzt. Nicht gerade beruhigend: Die Kosten für den OSZE-Ministerrat im Dezember belaufen sich auf 11,5 Millionen Euro, schätzt der Bund – und wie viel davon Hamburg bezahlen muss, steht fast ein halbes Jahr später noch immer nicht fest. Offenbar steht die gesamte Kalkulation auf sehr wackeligen Füßen. Da wundert es uns auch nicht mehr, dass der Senat stets nur mauert, wenn wir ihn nach den Kosten fragen...

MIT NOTVORRAT INS HOME-OFFICE?

Wer in der Innenstadt arbeitet, kann sich beim Gipfel auf puren Stress einstellen. Einzelhändler im Karolinenviertel kündigen an, dass sie ihre Läden während der ganzen Gipfelwoche dicht machen wollen – einige aus Angst vor Ausschreitungen bei Protesten, andere, weil ihnen die Lieferwege durch die Polizeiabsperrungen abgeschnitten werden. Für diesen Verdienstausfall kommen die Händler ganz allein auf. Dass normales Arbeiten während des Gipfel-Spektakels kaum möglich sein wird, haben indes auch Unternehmen wie der Nivea-Hersteller Beiersdorf erkannt: Die Angestellten des Konzerns dürfen am 8. Juli im »Home-Office« arbeiten, um dem Verkehrschaos in der City zu entgehen. Wer bei der Polizei, der Feuerwehr oder beim Rettungsdienst arbeitet, hat diese Option nicht: Für sie gilt vor und während des Gipfels sogar eine Urlaubssperre. Ganz zu schweigen von den Angestellten in den ausgebuchten Hotels, die anstrengende Tage vor sich haben – und wohl oder übel akzeptieren müssen, dass ihr Arbeitsort zur Festung wird.

Globalisierung: Gerecht oder gar nicht

GRENZENLOSE SOLIDARITÄT STATT G20

Wenn sich die G20-Gruppe im Juli zu ihrem 12. Gipfeltreffen versammelt, dann bestimmen die Reichen und Mächtigen der Welt einmal mehr, wer mitmachen darf und welche Themen auf der Tagesordnung stehen. Höchste Zeit für eine neue Weltordnung!

DIE 5 FEHLER DER G20:

1. NICHT LEGITIMIERT

Anders als die Vereinten Nationen haben die G20 keine völkerrechtliche Grundlage. Sie sind eine informelle Gruppe, deren Beschlüsse für die teilnehmenden Staaten nicht bindend sind. Wichtigstes Teilnahmekriterium ist die Wirtschaftskraft

2. NICHT REPRÄSENTATIV

Bei G20 machen nur die mächtigsten Länder der Welt mit – und dazu wenige ausgewählte weitere. Wer genau am Tisch sitzen darf, wer Stimmrecht hat und wer nicht, darüber bestimmt der exklusive Club selbst. Alle anderen sind zum Zuschauen verdammt

3. INTRANSPARENT

Zwar veröffentlichen die G20-Staaten regelmäßig Erklärungen und Aktionspläne auf ihrer Webseite. Die Beratungen und Absprachen aber finden in der Regel hinter verschlossenen Türen statt. Entscheidungswege sind nicht nachvollziehbar

4. NEOLIBERAL

Die meisten G20-Mitglieder profitieren von ungezügelter Globalisierung. Sie haben ein handfestes Interesse an Freihandel und unbeeinträchtigtem Warenverkehr. Sozial- oder Umweltauflagen stören da nur. Sie beheimaten die größten Konzerne der Welt und handeln regelmäßig in deren Sinne

5. UNDEMOKRATISCH

Die G20 bauen "auf einem gemeinsamen Wertefundament" auf, behauptet Bundeskanzlerin Angela Merkel allen Ernstes im Vorwort zur offiziellen Gipfel-Broschüre. Eine kühne Behauptung angesichts der Diktaturen und Schein-Demokratien in ihren Reihen. Impulse für mehr Demokratie und Menschenrechte sind von ihnen nicht zu erwarten

Große Probleme, keine Lösungen": So lautete das ernüchternde Fazit von "Spiegel Online", nachdem im vergangenen Jahr das Gipfeltreffen der G20-Gruppe in Hangzhou (China) zu Ende gegangen war. Nicht nur bei der Lösung der kriegerischen Konflikte sei man in Hangzhou "keinen Schritt vorwärts" gekommen: "Herausgekommen ist praktisch nichts."

Ein großes Spektakel, viele Worte, viele Beschlüsse – aber keine Schritte nach vorn: So ist es meist, wenn sich die G20-Staaten zu ihren jährlichen Zusammenkünften treffen. Und nicht viel anders sind die Erwartungen, wenn der Gipfelzirkus Anfang Juli in Hamburg Halt machen wird.

Die wichtigsten Fragen unserer Zeit werden auf den Gipfeltreffen übergangen

Seit sie im Jahr 2008 aus dem Kreis der G7-Staaten ins Leben gerufen wurde, hat die G20-Gruppe einiges getan, um die Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedsländer zu stabilisieren. Doch gegen Hunger und Krieg, für den dringend erforderlichen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern, tut sie wenig. "Die wichtigen Fragen unserer Zeit, wie die Maßnahmen gegen den Klimawandel, Bekämpfung der Fluchtursachen, Krieg und Hunger oder die dringend notwendige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums werden auf diesen Gipfeltreffen regelmäßig übergangen", analysierte kürzlich der Bundesausschuss der Partei DIE LINKE. Christoph Bauz von der globalisierungskritischen Aktionsplattform Campact meint: "Die Beschlüsse der G20 sind Symptome einer Politik, die einseitig auf Wachstum baut, ohne der Globalisierung Leitplanken zu setzen."

Die Macht, etwas zu ändern, hätten die G20-Staaten ja. Sie repräsentieren 85 Prozent der Wirtschaftsleistung, 80 Prozent des Handels und zwei Drittel der Bevölkerung der Welt. Doch wenn bei G20 über Umweltpolitik beraten wird, dann sind die größten Umweltsünder der Welt unter sich – 80 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen gehen auf ihr Konto. Wenn bei G20 über Krieg und Frieden debattiert wird, dann sitzen die größten Rüstungsexportnationen am Tisch. Auch andere Probleme wie die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen, Verkehr, Handel und Klima werden bei G20 allein aus der Perspektive der Wohlhabenden behandelt. Natürlich wird das Problem der anhaltenden Ausbeutung der ärmsten Länder deshalb von der G20 nicht ernsthaft angegangen.

"Zwar unterscheiden sie sich in ihren politischen Systemen und vertreten unterschiedliche Strategien bei der wirtschaftlichen Regulierung und ihrer Einbindung in den Weltmarkt. Gemeinsam stehen sie jedoch für eine Politik, die auf Wirtschaftswachstum, Profitmaximierung und Konkurrenz ausgerichtet ist und globale Konzerne, große Vermögensbesitzer und Finanzmärkte begünstigt", urteilt die globalisierungskritische Organisation attac über die G20-Gruppe. "Die globalen Folgen dieser Politik sind steigende soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, Naturzerstörung und Klimawandel, Kriege, Flucht und Verarmung. Es sind also genau die Verursacher und Antreiber all der genannten Probleme, die sich in Hamburg versammeln werden."

Beispiel Afrika: "Die G20 unterstützt die Entwicklung von Afrika", verkündet zwar die Bundesregierung, die der G20 in diesem Jahr vorsitzt. Doch mit Sitz und Stimme ist der gesamte Kontinent bei G20 nur durch ein einziges Land vertreten. Die Afrikanische Union nimmt zwar teil, hat aber faktisch nichts zu sagen. Weitere weiße Flecken auf der G20-Karte sind Lateinamerika, Zentralasien, Osteuropa und Südostasien. Die koloniale Weltordnung des 19. und 20. Jahrhunderts wird durch G20 nicht aufgebrochen, sondern fortgeführt.

Beispiel Steuerhinterziehung: Der Kampf gegen Steueroasen stand schon mehrfach auf der Agenda der G20. Faktisch aber tun die beteiligten Länder fast nichts dagegen. Einige, weil sie selbst Steuersparmodelle auf Kosten anderer Länder anbieten. Andere, weil ihre Regierungen unter dem Druck von Konzernen stehen, die massiv von diesem Steuersystem profitieren. Wirksame Maßnahmen gegen Steueroasen haben die G20 deshalb bislang nicht zustande gebracht – das System, das durch die "Panama Papers" öffentlich wurde, bleibt praktisch unangetastet.

BEISPIEL KRIEG

Von den zehn größten Waffenexporteuren der Welt sind neun Mitglieder der G20-Gruppe. An Abrüstung haben sie kein Interesse

BEISPIEL AUSBEUTUNG

Die meisten Mitglieder der G20-Gruppe profitieren von der ungebremsten Globalisierung. Gegen Armut zeigen sie kaum Engagement

BEISPIEL UMWELT

Laut einer Studie der Organisation Climate Transparency tun die G20 nur einen Bruchteil dessen, was notwendig wäre, um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen

BEISPIEL STEUERFLUCHT

Hier ist die G20-Gruppe immerhin aktiver als die EU. Heraus kommt laut attac jedoch nicht mehr als "Flickschusterei"

DABEI*

* ständige G20-Mitglieder plus geladene Gäste

Argentinien
Australien
Brasilien
China
Deutschland
Europäische Union
Frankreich
Großbritannien
Guinea[1]
Indien
Indonesien
Italien
Japan
Kanada
Mexiko
Niederlande
Norwegen
Russland
Saudi-Arabien
Senegal[2]
Singapur
Spanien
Südafrika
Südkorea
Türkei
USA
Vietnam[3]

[1]vertritt die Afrikanische Union
[2]vertritt die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD)
[3]vertritt die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft (APEC)

NICHT DABEI*

* Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die nicht beim G20-Gipfel vertreten sind

Afghanistan
Ägypten
Albanien
Algerien
Andorra
Angola
Antigua und Barbuda
Äquatorialguinea
Armenien
Aserbaidschan
Äthiopien
Bahamas
Bahrain
Bangladesch
Barbados
Belgien
Belize
Benin
Bhutan
Bolivien
Bosnien-Herzegowina
Botsuana
Brunei
Bulgarien
Burkina Faso
Burundi
Chile
Costa Rica
Dänemark
Dominica
Dominikanische Republik
Demokratische Republik Kongo
Dschibuti
Ecuador
Elfenbeinküste
El Salvador
Eritrea
Estland
Fidschi
Finnland
Gabun
Gambia
Georgien
Ghana
Grenada
Griechenland
Guatemala
Guinea-Bissau
Guyana
Haiti
Honduras
Irak
Iran
Irland
Island
Israel
Italien
Jamaika
Jemen
Jordanien
Kambodscha
Kamerun
Kap Verde
Kasachstan
Katar
Kenia
Kirgistan
Kiribati
Kolumbien
Komoren
Kongo
Kroatien
Kuba
Kuwait
Laos
Lesotho
Lettland
Libanon
Liberia
Libyen
Liechtenstein
Litauen
Luxemburg
Madagaskar
Malawi
Malaysia
Malediven
Mali
Malta
Marokko
Marshallinseln
Mauretanien
Mauritius
Mazedonien
Mikronesien
Moldawien
Monaco
Mongolei
Montenegro
Mosambik
Myanmar
Namibia
Nauru
Nepal
Neuseeland
Nicaragua
Niger
Nigeria
Nordkorea
Oman
Österreich
Osttimor
Pakistan
Palau
Panama
Papua-Neuguinea
Paraguay
Peru
Philippinen
Polen
Portugal
Ruanda
Rumänien
Salomonen
Sambia
Samoa
San Marino
Sao Tomé und Principe
Schweden
Schweiz
Serbien
Seychellen
Sierra Leone
Simbabwe
Slowakei
Slowenien
Somalia
Sri Lanka
St. Kitts und Nevis
St. Lucia
St. Vincent und die Grenadinen
Sudan
Südkorea
Südsudan
Suriname
Swasiland
Syrien
Tadschikistan
Tansania
Thailand
Togo
Tonga
Trinidad und Tobago
Tschad
Tschechien
Tunesien
Turkmenistan
Tuvalu
Uganda
Ukraine
Ungarn
Uruguay
Usbekistan
Vanuatu
Venezuela
Vereinigte Arabische Emirate
Weißrussland (Belarus)
Zentralafrikanische Republik
Zypern

"Wir sehen uns in Hamburg"

Fabio De Masi (37) ist Finanzexperte, Europaabgeordneter und Bundestagskandidat der Hamburger LINKEN

Backbord: Weißt Du schon, wo Du am 8. Juli 2017 sein wirst?

De Masi: Da werde ich in Hamburg auf die Straße gehen und mit Tausenden anderen gegen den G20-Gipfel demonstrieren.

Backbord: Die G20 repräsentieren 80 Prozent der Wirtschaftskraft und zwei Drittel des Handels der Welt. Ist es nicht sinnvoll, wenn diese Staaten international kooperieren?

De Masi: Sicher. Aber wer Entscheidungen für die ganze Welt trifft, sollte sich der Öffentlichkeit stellen und dies etwa im Rahmen der Vereinten Nationen tun. Wichtiger aber noch: Regelmäßig treffen die Mächtigen Entscheidungen, die gegen die Interessen der Mehrheit gerichtet sind. Man denke nur daran, dass etwa acht Personen so viel Vermögen besitzen wie die Hälfte der Menschheit oder 3,5 Milliarden Personen. Das ist nicht einfach nur krank oder ungerecht, sondern schafft darüber hinaus Armut, Klimakatastrophen und Flucht. Es bedroht die Zukunft der Menschheit.

Backbord: Um welche Themen geht es beim G20-Gipfel in Hamburg eigentlich?

De Masi: Dort wird unter anderem über die Regulierung der Finanzmärkte, die Besteuerung von Konzernen, Terror, Aufrüstung und militärische Abwehr von Flüchtlingen, Klimawandel sowie Gesundheit bzw. Epidemien gesprochen. Die wachsende soziale Ungleichheit spielt keine Rolle, obwohl sie von diesen Themen nicht zu trennen ist.

Backbord: Welche Antworten erwartest Du vom G20-Gipfel?

De Masi: Leider nicht die Antworten, die überfällig wären. Die Politik geht ja in die völlig falsche Richtung. Die EU will Kapitalvorschriften für Banken, die von den Zentralbanken in Basel verabredet wurden, wieder lockern. Schattenbanken – also etwa Fonds, die Bankgeschäfte machen, aber keiner Regulierung unterliegen und das Bankensystem anstecken können – sollen wieder gefördert werden. Etwa indem die EU-Kommission die Verpackung und Verkauf von Schrottkrediten fördert, dies hat ja die US-Immobilenkrise begünstigt. Aufrüstung und Kriege wie in Irak, Afghanistan, Libyen oder Syrien schaffen Terror, Staatenzerfall und Flucht.

Backbord: Viel Unmut regt sich in Hamburg über den geplanten Ausnahmezustand in der Stadt. Es ist noch unklar, welche Teile der Innenstadt zum Sperrbezirk und inwieweit Demonstrationen eingeschränkt werden. Nicht nur die Kosten sind immens – zum Beispiel für Gewerbetreibende – sondern selbst die Polizei und die Feuerwehr bezweifeln, dass sie die Sicherheit bei den Gipfel gewährleisten können. Ist es nicht dennoch sinnvoll, wenn sich Staats- und Regierungschefs in der Öffentlichkeit treffen statt irgendwo abgeschirmt in den Rocky Mountains?

De Masi: Na ja, öffentlich ist daran nichts. Die sollten sich in New York bei der UNO treffen und vor laufenden Kameras debattieren. Dann hätte es auch Trump nicht so weit.

Backbord: Apropos Trump und Erdogan. Sind diese beiden Herren nicht ein wichtiger Grund, gegen den G20-Gipfel zu protestieren?

De Masi: Absolut. Aber ich hätte auch bei Obama oder Clinton demonstriert. Deren Politik – denken wir an Drohnenmorde, den Stellvertreterkrieg in Syrien und oder die Förderung des IS-Terrors – gab es ja schon vor Trump. Und Trump konnte ja nur deswegen die Wahlen gewinnen, weil das US-Establishment in der Bevölkerung kein Vertrauen mehr besitzt. Doch wir sollten auch vor der eigenen Haustür kehren: Frau Merkel steht für eine verhängnisvolle Kürzungspolitik in Europa, die Millionen von Menschen ihre Perspektiven zerstört hat. Stets wurden Banken gerettet, aber Löhne und Renten gekürzt oder Krankenhäuser privatisiert. Auch Frau Merkel ist für massive Aufrüstung oder unfairen Welthandel, der im Interesse der Reichen und großen Konzerne ist.

Backbord: Viele Zeitungen befürchten Ausschreitungen beim G20-Gipfel. Wie steht DIE LINKE, wie stehst Du dazu?

De Masi: Keine Panik. Hamburg ist nicht der Maidan. Friedlicher Protest, Sitzstreiks und mehr sind unsere Sprache gegen jene, die täglich mit Kriegen Gewalt stiften. Wir lehnen Gewalt ab – egal von wem. Die Proteste sollen die Hamburgerinnen und Hamburger gewinnen, nicht Anlass für Merkel, Trump und Co. schaffen, friedlichen Protest als Krawall abzutun. Das ist im Bündnis gegen G20 auch breiter Konsens. Niemand würde die Gewerkschaften oder kirchliche Gruppen für Gewalt verantwortlich machen. Das sollte man daher auch nicht der LINKEN anlasten. Friedliche Demonstrationen zu ermöglichen ist Aufgabe des Sicherheitskonzepts. Sonst können wir die Demokratie gleich abschaffen.

Demonstrationen, Aktionen, Protest

MACH MIT GEGEN G20!

Von christlichen Gruppen bis zum schwarzen Block: Die Protestbewegung gegen G20 ist so vielfältig wie die Aktionen, die rund um den Gipfel geplant sind. Vom Anti-G20-Segeltörn auf der Alster bis zum Gegengipfel ist alles dabei. Auf diesen Internet-Seiten gibt es Infos über Treffpunkte und Termine:

www.g20-protest.de – Die »Plattform« ist die Urzelle des G20-Protests. Hier versammeln sich alle Beteiligten. Sie haben sich auf einen Dreiklang (Gegengipfel, Aktion und Demo) geeinigt

www.g20hamburg.org – Die umfassende Webseite ist sehr aktuell und versucht die gesamte Breite des Widerstands abzubilden

www.solidarity-summit.org – Am 5./6. Juli findet auf Kampnagel der Alternativgipfel statt. Welche Podien und Workshops es geben wird, welche Gäste kommen, steht auf dieser Webseite

www.hamburg.de/g20-gipfel/ – Die Argumentation der anderen Seite: So informiert die Stadt Hamburg über den Gipfel. Informationen der Bundesregierung gibt es außerdem unter www.g20.org

www.g20-protest.info – Englischsprachige Webseite zur internationalen Mobilisierung

www.g20-protestwelle.de – Infos rund um die bunten Aktionen, die bereits am Wochenende vor dem Gipfel stattfinden werden

www.g20-demo.de – Alle Infos rund um die Großdemonstration zum Abschluss des G20-Gipfels am 8. Juli: Pressemitteilungen, Termine, unterstützende Organisationen

www.rosalux.de/g20 – Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat Veranstaltungshinweise und Hintergrund-Informationen zu G20 zusammengestellt

www.linksfraktion-hamburg.de/g20 – Die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft hat eine Sonderseite zum Gipfel eingerichtet, auf der Informationen, Termine und Argumente gesammelt sind

Die G20 kommen, wir sind schon da: Im März protestierte DIE LINKE mit anderen Aktiven gegen das Treffen der Finanzminister in Baden-Baden

#NoG20 ist der Hashtag bei Twitter, Facebook, Instagram, Youtube & Co.

IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de
Web: www.linksfraktion-hamburg.de
Twitter: twitter.com/linksfraktionhh
Facebook: fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg
Instagram: instagram.com/linksfraktionhh

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (Titel: Hintergrund, Seite 2: Editorial, Seite 4: Polizisten, Seite 5-6: Beispiel Ausbeutung, Seite 8: Laternenpfahl) | Die Linke (Seite 4: Polizeiabsperrung, Seite 7: Fabio de Masi, Seite 8: Demo NoG20) | pixabay (Seite 5-6: Beispiele Umwelt und Steuerflucht) | Bundeswehr/CC BY-NC 3.0 (Seite 5-6: Beispiel Krieg) | Georgina Coupe/Crown Copyright (Seite 3: Matthiae-Mahl) | White House/CC BY-NC 3.0 (Seite 3: Donald Trump) | Kremlin.ru/CC BY-NC 3.0 (Seite 3: Vladimir Putin, Recep Tayyip Erdogan) | Erin A. Kirk-Cuomo/CC BY-NC 3.0 (Seite 3: Salman ibn Abd al-Aziz)

DIE LINKE.
Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft